Abend-Ausgabe. Nr. 31 Freitag, 18. Januar 1935

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschließlich 51 Rpf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei jedesmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 8: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziff.-Gebühr 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Gute Aussichten für die Saar-Verhandlungen

Zuversichtliche Beurteilung in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Januar.

In Berliner politischen Kreisen beurteilt man die Aussichten für die technischen Rückgliederungsverhandlungen, die in Rom durchgeführt werden sollen, zuversichtlicher, als der französische Außenminister es gestern tat, der von heiklen und schwierigen Problemen sprach. Man glaubt, daß es durchaus möglich sein wird, sich über die zur Erörterung stehenden Fragen bis zu dem vorgesehenen Termin des 15. Februar zu einigen. Sollte das aber wider Erwarten nicht der Fall sein, so würde das an der Rückgliederung des Saargebietes nichts ändern. Diese Rückgliederung erfolgt entsprechend dem gestrigen Ratsbeschluß ohne Bedingungen am 1. März. Es müßte also, wenn bei den römischen Verhandlungen noch irgendwelche Fragen offenbleiben, dann der Völkerbundsrat im Rahmen seiner Kompetenzen die Entscheidung fällen. Dabei sei nochmals betont, daß die Frage der sogenannten Entmilitarisierung, die man nicht überschätzen darf, überhaupt aus den Befugnissen des Völkerbundsrates herausgenommen ist und in direkten deutsch-französischen diplomatischen Verhandlungen ihre Erledigung finden wird.

Lavals Bemühungen um den Ostpakt

Das Echo der Pariser Presse

Paris, 18. Januar.

Die Pariser Morgenpresse zeigt sich im allgemeinen mit dem Ausgang der gestrigen Völkerbundssitzung und der mit Deutschland zustande gekommenen Einigung zufrieden. — Der Außenpolitiker des „Excelsior" erklärt dazu, man müsse, um ehrlich zu sein, zugeben, daß diese Einigung zum großen Teil auch dem Weitblick und dem verträglichen Geist der Reichsregierung zu verdanken sei, der auch vom französischen Außenminister anerkannt werde. Die Lösung der Saarfrage eröffne günstige Aussichten für eine deutsch-französische Annäherung; allerdings könne diese Annäherung sich nicht ausschließlich auf mündliche Versicherungen stützen, sondern müsse sich, um dauerhaft zu sein, auf einer Gesamtheit von Abkommen aufbauen, die für die Zukunft jede Beunruhigung ausschlössen

Auch das „Journal" ist der Ansicht, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit in den letzten 48 Stunden eine bedeutende Rolle gespielt habe, um mit der Kleinigkeitskrämerei und Bürokratie des Völkerbundes fertig zu werden.

Das Blatt wirft dem sowjetrussischen Vertreter vor, sich bei seinen Ausführungen so ungeschickt wie nur möglich benommen zu haben.

Er habe mit jener ihm eigenen Ironie gesprochen, die sich gegen ihn selbst richten müsse, wenn er das freie Bestimmungsrecht der Völker erwähne, das gerade bei dem unterdrückten russischen Volke eine so eigentümliche Anwendung finde. Es sei doch immerhin bemerkenswert, daß ausgerechnet die Sowjets sich einbildeten, den zivilisierten Nationen Lehren erteilen zu können.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" ist natürlich mit den in Genf getroffenen Vereinbarungen nicht einverstanden, sondern spricht von einer Demütigung der internationalen Autorität. Die deutschen Unterhändler hätten brutal alles gefordert und nur widerwillig ein Kompromiß angenommen. Der Völkerbund, der sich seiner Machtlosigkeit bewußt gewesen sei, habe sich den Forderungen der Reichsregierung gefügt. — Der „Jour" ist der Ansicht, daß die erste Handlung der Reichsregierung nach der Saarabstimmung keine Handlung der allgemeinen Befriedung gewesen sei, denn sie habe sich gegenüber den Forderungen des Völkerbundes sehr unnachgiebig gezeigt. Breitesten Raum widmet die Presse den Ausführungen des französischen Außenministers, die ebenfalls allgemeine Zustimmung finden und die, so betonen die Zeitungen, auch von Deutschland als befriedigend angesehen werden müßten. Auf die friedfertigen Erklärungen des Führers, so schreibt der „Petit Parisien", habe Laval mit einem Programm der Wiederversöhnung und des Friedens geantwortet. Die Ausführungen des französischen Außenministers enthielten ferner einen Hinweis, der auch in Berlin besonders beachtet werden müsse. Auf die Gleichberechtigungshoffnungen des deutschen Volkes habe er mit dem Rechte Frankreichs und seiner Freunde auf Sicherheit geantwortet. Sein Hinweis, daß er Wert darauf gelegt habe, seine Erklärung vor dem Völkerbund abzugeben, habe bedeutet, daß Frankreich weder Koalitionen noch bilaterale Verträge wünsche, und Deutschland auf Genfer Boden verhandeln müsse, wenn es aufrichtig mit Frankreich zusammenarbeiten wolle. Das „Journal" unterstreicht,

daß der französische Außenminister absichtlich die Tür für eine Verständigung mit Deutschland sehr weit geöffnet habe.

Man könne Laval nicht den Vorwurf machen, den Wünschen des Reiches nicht weit genug entgegengekommen zu sein, denn er habe nicht nur die berühmte Erklärung vom 11. Dezember 1932 über die Gleichberechtigung in der Rüstungs- und Sicherheitsfrage wiederholt, sondern sie noch ausdrücklich unterstrichen.

„Oeuvre" bemerkt, daß jeder Mensch hinter dieser Rede des französischen Außenministers den leidenschaftlichen Einsatz für den Abschluß eines Ostpaktes erraten habe. Die französische Note, die in dieser Angelegenheit Anfang der Woche in Berlin überreicht worden sei, setze als Preis für die Anerkennung der Gleichberechtigung den Beitritt Deutschlands zu diesem Ostpakt voraus.

Polens Bedenken gegen den Ostpakt

Warschau, 18. Januar.

Die halbamtliche „Gazeta Polska" bringt an der Spitze des Blattes unter der Ueberschrift: „Das Projekt des Ostpaktes auf dem toten Punkt" eine Sondermeldung der polnischen Telegraphenagentur aus Genf, derzufolge in dortigen informierten Kreisen festgestellt werde, daß die Genfer Besprechungen keine neuen Elemente zur Frage des Ostpaktes ergeben hätten.

Diese in sehr allgemeinen Wendungen gehaltene Meldung wird in Warschauer gut unterrichteten politischen Kreisen dahin erläutert, daß sie einen Niederschlag der Gespräche zwischen Minister Laval und Beck darstelle. Sie bestätige also die Berichte französischer Blätter aus Genf, die ebenfalls hervorheben, daß sich die polnischen Bedenken gegen den Ostpakt auch nach der Unterredung Lavals mit Beck nicht verringert haben.

„Bewundernswerter Geist der Vernunft"

Die „Times" zur Genfer Saarentscheidung

London, 18. Januar.

Die Morgenpresse begrüßt mit Erleichterung die Nachricht von der Beseitigung der Hindernisse, die eine Klärung der Saarfrage im letzten Augenblick zu verzögern drohten. „Daily Telegraph" beglückwünscht in einem Leitaufsatz Baron Aloisi und seinen Ausschuß und preist die Vernunft und den guten Willen, den Deutschland und Frankreich bewiesen hätten. Die Festsetzung der Saarübergabe auf einen so frühen Zeitpunkt wie den 1. März sei eine erfreuliche Nachricht. Wichtig für die Zukunft sei der Beweis guten Willens, der darin zum Ausdruck gekommen sei, daß Deutschland und Frankreich ohne Zeitverlust ihre verschiedenartigen Ansichten auseinander abgestimmt hätten.

„Times" sagt in einem Leitaufsatz zur Genfer Saarentscheidung, in dem bewundernswerten Geist der Vernunft, der jetzt vorherrsche, seien die deutschen wie die französischen Forderungen erfüllt worden. Die französische Delegation habe einige etwas anspruchsvolle Forderungen gestellt; es sei zu hoffen, daß beide Seiten einander weiterhin in großzügigem Geiste begegnen werden. Natürlich gebe es, wie Laval in seiner Rede im Völkerbundsrat gesagt habe, noch wichtige Punkte, die endgültig zu regeln wären. Aber wenn der jetzige gute Wille bestehen bleibe, dann würden sich diese Formalitäten unter der geschickten Leitung des Ausschusses von Baron Aloisi innerhalb der festgesetzten Frist von sechs Wochen erledigen lassen. Untergeordnete Fragen müßten hinter der Hauptsache zurücktreten, und diese sei, wie Laval gestern gesagt habe, die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich.

Im Verlauf seiner gestrigen Rede in Bangor, in der er seinen Plan einer „Neuordnung der Dinge" entwickelte, kam Lloyd George auch auf die Saarabstimmung zu sprechen. Dazu bemerkte er: „Auch ich habe großes Vertrauen zu Reichskanzler Hitlers sehr versöhnlicher Rede und zur Haltung des Außenministers Laval. Ich glaube, daß ihre Erklärungen voller Verheißung für den Frieden Europas sind."

Wo sitzen die Quertreiber?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Januar.

Schon bei dem Auftauchen der ersten Schwierigkeiten in den Genfer Saarverhandlungen wurde die Vermutung geäußert, daß die sogenannte Entmilitarisierungsforderung auf die französischen Militärs zurückgehe. Die Annahme, daß hier die Quertreiber zu suchen sind, wird jetzt von dem bekannten französischen Journalisten Fernand de Brinon bestätigt. Er schreibt nämlich in einem Genfer Bericht u. a.: „Vor einigen Tagen erhielt der Dreierausschuß in der Form einer Denkschrift eine französische Note, die durch ein militärisches Amt Frankreichs verfaßt war und die Aufmerksamkeit darauf lenken wollte, daß im Saargebiet gewisse Bauten militärischen Charakters und gewisse Eisenbahnanlagen zerstört werden müßten. Darüber hinaus forderte dieses Schriftstück die ausdrückliche Feststellung, daß das Saargebiet ein Teil der entmilitarisierten Zone sei, und daß daher die besonderen Artikel des Versailler Vertrages über diesen Punkt beachtet werden müßten." Wenn auch diese Betrachtungen nur noch eine historische Bedeutung haben, so ist es doch bemerkenswert, daß die Hintergründe von französischer Seite selbst so klar dargestellt werden, und man kann im ganzen nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es dem französischen Außenminister Laval auch weiterhin gelingen wird, derartige Widerstände der ewig Gestrigen so schnell zu überwinden, wie es erfreulicherweise in Genf gestern, wenn auch nach einem wenig erbaulichen Zwischenspiel, möglich war.

Aus der Partei ausgeschlossen

Berlin, 18. Januar.

Wie die Gauleitung des Gaues Westfalen-Nord der NSDAP. mitteilt, hat der Gauleiter Dr. Meyer seinen bisherigen persönlichen Adjutanten Graf von Zech wegen Veruntreuung von Geldern in Höhe von 4000 Mark aus der Partei ausgeschlossen und ihn sofort der Staatsanwaltschaft übergeben.

Reichsgesandter a. D. v. Haniel beigesetzt. Am Donnerstagnachmittag wurde auf seinem Herrensitz Heimhausen der dieser Tage in München verstorbene Reichsgesandte a. D. Dr. Edgar v. Haniel unter stärkster Anteilnahme zur letzten Ruhe geleitet.

Das Memelland als Unruheherd Europas

Die Beschwerde des Schulrats Meyer

Genf, 18. Januar.

Der Vizepräsident des Memelländischen Landtags, Schulrat Meyer, hat in den letzten Tagen den Vertretern der Unterzeichnermächte des Memelabkommens in Genf eine Ergänzung zu seinen früheren Memelbeschwerden übergeben. Diese neue Beschwerde beschäftigt sich in erster Linie mit der

gewaltsamen Behinderung des Memelländischen Landtages

an der Aufnahme seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit. Um das Mißtrauensvotum gegen die vom litauischen Gouverneur eingesetzten Direktoren zu verhindern, hat dieser den Landtag durch die verschiedensten Maßnahmen bereits zum fünften Male beschlußunfähig gemacht. Einer großen Zahl von Abgeordneten und automatisch nachrückenden Kandidaten sind die durch die Wahl erteilten Mandate entzogen worden. Abgeordnete wurden verhaftet und verschleppt. Die Polizei drang in die Landtagsräume ein und ließ es zu Sitzungen nicht kommen usw. Der Gouverneur hat sich ferner herausgenommen, die Sitzungen statutenwidrig zu schließen. Das ist bis jetzt bereits dreimal geschehen. Dieses gewaltsame Vorgehen der litauischen Behörden erregte überall größtes Aufsehen.

Auch die Schweizer Presse

hat sich dieser Angelegenheit angenommen. So führt zum Beispiel „Der Bund" nach der ausführlichen Erörterung der Statutsverletzungen folgendes aus: „Die grundlegenden Bestimmungen des international garantierten Autonomiestatuts sind im Memelgebiet außer Kraft gesetzt worden.

Seit Juni vorigen Jahres regiert ein rechtswidriges Direktorium gegen den Willen des einheimischen Elementes der Bevölkerung ohne jede Verantwortung und ohne Haushaltplan.

Diese rechtlosen Zustände haben auch zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Memelgebietes geführt. Die Lage ist unhaltbar und bedarf dringend baldiger Abhilfe."

Zwar haben die Siegermächte am 25. September 1934 eine Demarche in Kowno unternommen und ein Rechtsgutachten angefertigt, das für Litauen sehr ungünstig ausgefallen ist, aber haben seit der Zeit anscheinend nichts weiter veranlaßt. Es ist zu erwarten, daß nach der Vereinigung der Saarfrage im Westen auch dieser seit Jahren die Völkerbundskreise beschäftigende Unruheherd in Hinsicht auf die allgemein angestrebte Befriedung beseitigt werden wird.